

Gelungener Auftakt: Bündnis für eine Faire Vergabe in Hessen

Am 30. Januar fand im Frankfurter Haus am Dom unter dem Motto **"Sozial und ökologisch verantwortliche Beschaffung und Vergabe in Hessen"** ein gut besuchtes Fachgespräch zu den Anforderungen an ein hessisches Tariftreue- und Vergabegesetz statt.

Eingeladen hatte das am Montag frisch gegründete "Bündnis für eine Faire Vergabe in Hessen", in dem sich neben EPN Hessen auch der DGB Hessen Thüringen, die hessischen Landesverbände des BUND und der NaturFreunde sowie das Zentrum Ökumene der EKHN engagieren. Nachdem die Gründung unterschiedlichste Reaktionen von Lob bis zum Vorwurf der "Mittelstandsfeindlichkeit" durch Parteien wie Unternehmerverbände hervorgerufen hatte, sollte das Fachgespräch Raum für die sachbezogene Auseinandersetzung mit ExpertInnen zu Fragen der Tariftreue und der internationalen Sozial- und Umweltstandards sein sowie die Möglichkeit bieten, aus den Erfahrungen der Vergabeprozesse in anderen Bundesländern zu lernen.

Zu Beginn gab Dr. Thorsten Schulten, Wissenschaftler am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Böckler-Stiftung einen Überblick über Kernbestandteile von Tariftreue und Mindestlohnforderungen in Vergabegesetzen sowie deren Kontrolle. Zu lernen war dabei u.a., dass das moderne Vergabewesen bereits Mitte des 19. Jahrhunderts seinen Beginn nahm, soziale Kriterien historisch schon immer als integraler Bestandteil verstanden wurden und das Vergabewesen für die Herausbildung von Mindestlöhnen sogar von zentraler Bedeutung war. Auch die Berücksichtigung weiterer sozialer und ökologischer Kriterien wurde durch EU-Recht, Bundesrecht und zahlreiche Gutachten und Urteile immer wieder bestätigt - entgegen der immer wieder gerne wiederholten Schutzbehauptung "solch vergabefremde Kriterien" hätten in Ausschreibungen nichts zu suchen. Dies widerspricht auch dem Willen der EU-BürgerInnen, die danach befragt: "Sind Sie der Meinung, dass soziale Kriterien ins Vergabegesetz gehören - auch wenn diese Mehrkosten verursachen?" im europäischen Durchschnitt mit 80%, in der BRD sogar mit 92% klar "Ja" antworteten.

Christopher Duis, Geschäftsführer des Bremer entwicklungspolitischen Netzwerks (BEN) und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke (agl), ging noch einmal näher auf die ILO-Kernarbeitsnormen und deren oft schwierige Umsetzung ein. Bremen verfügt seit 2009 über ein recht weitgehendes Vergabegesetz, in dem sich zwar immer noch einige Kann-Bestimmungen finden, deren Verbindlichkeit jedoch durch den Zusatz einer Rechtsverordnung, in der Aspekte wie Kontrolle oder Nachweispflichten produktspezifisch geregelt sind (z.B. über Standards, Labels), gewährleistet wird. In Bremen berät ein zivilgesellschaftlicher Beirat BeschafferInnen, z.B. zu Produktkriterien, Siegeln, etc. Auch in anderen Bundesländern haben sich "Fair-gabe Netzwerke" gegründet, welche den Vergabeprozess vor wie nach Verabschiedung eines Gesetzes mit Expertise zur Seite stehen und Öffentlichkeit schaffen. Duis betonte, dass auch dort, wo nicht auf zertifizierte oder gesiegelte Produkte zurückgegriffen werden könne, es trotzdem sehr wichtig sei, durch entsprechende Ausschreibungen "Signale am Markt zu setzen", Annäherungen der BieterInnen an die Anforderungen zu belohnen und so Anreize für nachhaltiges Wirtschaften zu schaffen.

Arno Enzmann, 2. Geschäftsführer des Landesverbandes der NaturFreunde forderte aus umweltpolitischer Perspektive die Berücksichtigung von Kriterien wie Ressourcenschonung, Energieeffizienz, Lebenszykluskosten und kritisierte, dass bei allen Entwürfen die Gleichrangigkeit von Umweltfragen fehle. Sehr grundsätzliche Kritik formulierte er daran, dass wie am Beispiel des Gesetzentwurfes der Regierungsfractionen zu sehen ist, die öffentliche Hand Vergabe als Gestaltungsgrenze zu begreifen scheine.